Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14151 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 15. April 1926 — Nummer 87

Entscheidende SPD.-Krise in Sachsen

Was ist jetzt zu tun?

W. K. Die Krise in der Sozialdemokratischen Partei Sachsens steht jetzt auf Biegen oder Brechen!

Wollen wir aussprechen was ist, so müssen wir sagen, daß nicht die sozialdemokratischen Arbeiter, nicht die Mitgliedermassen es auf Biegen oder Brechen gestellt haben. Auch erst recht nicht die linken Führer!

Die Rechten sind es, die jetzt die Entscheidung erzwingen. Sie sind zum Bruch entschlossen, falls sich nicht wieder die linken Führer beugen, wie das bisher noch in jedem Konflikt der Fall war.

Für die Rechten handelt es sich um einen entscheidenden Machtkampf. Sie kämpfen nicht nur um ihren Einfluß in der Partei, sondern auch um ihre Regierungsbeteiligung, um die Macht im Staate, wie sie sie auffassen. Darüber hinaus geht es um ihre Existenz als Gruppe, als Politiker. Denn in der jetzigen Zuspitzung müssen sie fast ausnahmslos bei der Landtagsneuwahl mit ihrem Ausscheiden aus der politischen Führung für längere Zeit rechnen.

Das Zittern der „Macht“, ihrer Regierungsbeteiligung und ihrer politischen Existenz gaben den Rechten erst die Entschlossenheit zur offenen Meuterei gegen den eigenen Parteivorstand und zur organisatorischen Spaltungsarbeit.

Die Versammlung der 585 Parteimitglieder in Dresden, durch die sich die Rechten die Billigung ihrer Politik entgegen den Beschlüssen der Parteiorganisation aussprechen ließen, ist ein Schritt zur organisatorischen Abspaltung. Wie und wie diese Sache steht, kennzeichnet die Tatsache, daß ein so radikaler Reformist wie der frühere Minister Fleck den Vorsitz in dieser großen Sonderkonferenz für Dresden übernahm.

In dem Industrieort Treuen i. Vogtl. vollzog sich schon eine totale Spaltung. Dort sollte einer der Rechten als Abgeordneter des Kreises in der Mitgliederversammlung sprechen. Die Bezirksleitung untersagte das, da sie den Abgeordneten bereits aus der Partei ausgeschlossen hatte. Der Bezirkssekretär setzte dieses Redeverbot gegen den Ausgeschlossenen in der betreffenden Mitgliederversammlung mit vier Stimmen Mehrheit durch. Darauf forderte der Vorsitzende im Auftrage des Ortsvorstandes die Minderheit auf, sich in einem Nebensaal zu sammeln, wo dann der ausgeschlossene Abgeordnete referierte, während der Bezirkssekretär bei der Mehrheitsgruppe sprach.

Weiter hat der Bezirksvorstand Chemnitz die rechten Abgeordneten des Bezirks, darunter den Kartellvorsitzenden Kratz und den Polizeiminister Müller, in aller Form ausgeschlossen, aber der Ortsvorstand Chemnitz und die dortige Mehrheit der Funktionäre, die hinter den Rechten stehen, betrachten diese nach wie vor als Parteimitglieder.

Zur Durchführung ihres Kampfes gegen ihre Partei haben sich die Rechten auch schon ein selbständiges Organ, ein besonderes Mitteilungsblatt geschaffen, in dem sie auch solche Dokumente veröffentlichen, die nicht nur höchst vertraulich, sondern nicht einmal den Bezirksvorständen der sächsischen Organisationen bekannt waren.

Dazu die Ankündigung selbständiger Listen zur Landtagsneuwahl. — **Das ist der Spaltungsbeginn!** Man könnte sagen, daß die Rechten jetzt wie politische Hasardeure va banque spielen. Und die linken Führer möchten vielleicht gerne glauben machen, daß dieses Spiel für die Rechten schon verloren ist, da sie ja doch keine Organisationen hinter sich hätten, da der Parteivorstand sie nicht mehr stütze und da sie bei den Neuwahlen im Herbst sämtlich ihre Mandate verlieren würden.

Aber die Lage der Rechten ist keineswegs so verzweifelt. Sie stützen sich nicht nur auf den Staatsapparat und die gesamte bürgerliche Presse, sondern viel mehr noch auf die ADGB.-Bureaukratie. Sie haben also die für den gegenwärtigen Konflikt noch entscheidenden Machtpositionen durchaus in der Hand. Der Apparat der Gewerkschaftsbureaukratie und die Gewerkschaftsblätter stehen ihnen in vollem Umfang zur Verfügung. Offen wird der Gedanke einer Gewerkschaftspartei vertreten. Nicht nur Schilling in Leipzig und Krang in Chemnitz haben den rücksichtslosen Kampf für die 23 wieder aufgenommen, auch der Landesausschuß des ADGB. für Sachsen erklärt ausdrücklich die 23 entgegen dem Willen der SPD.-Instanzen als seine parlamentarischen „Arbeitervertreter“, wobei er schon an den Bundesvorstand des ADGB. appelliert.

Es wäre der schlimmste Fehler, wollten wir diese Machtpositionen der Rechten irgendwie unterschätzen. Denn sie haben bewiesen, daß sie ihre Machtmittel zu gebrauchen verstehen. Und in zweijähriger Koalitionspolitik ist weiterhin erwiesen, daß mit den bisherigen Methoden der linken Führer die Macht der Rechten weder gebrochen, noch geschwächt werden konnte. Sie sind in all der Zeit tatsächlich die letzten Endes Bestimmenden geblieben.

Was ist jetzt zu tun, um angesichts eines so entscheidenden Vorstoßes, wie die Rechten ihn jetzt entschlossen durchführen, die wirksame Abwehr zu organisieren? Wie kann der Gegenschlag rasch und mit Aussicht auf Erfolg geführt werden? Noch irgendwelche Hoffnungen auf den SPD.-Vorstand oder zukünftige Parteitage zu wecken, wird selbst dem gerissensten sogenannten linken Führer nicht mehr gelingen. Mußte doch sogar Lipinski auf dem Leipziger Bezirkstag seinen Parteivorstand des Doppelspiels anklagen.

Die Beseitigung der 23 Renegaten und ihrer Heldt-Regierung ist eben nicht nur die Sache einiger linker Führer. Die Beseitigung der Koalitionsregierung und ihrer Landtagsmehrheit ist die Sache der gesamten Arbeiterschaft.

Die Kommunisten haben oft genug gemeinsame Maßnahmen gegen die rechten Renegaten und ihre Regierung vorgeschlagen. Die Kommunisten haben oft genug ernst und nachdrücklich erklärt, daß sie jeden Schritt zur Beseitigung der 23 mit aller Kraft unterstützen werden. In der allgemeinen Mobilisierung der Massen der organisierten Arbeiterschaft sind jetzt zwei konkrete Wege zu beschreiten: Es gilt, die Rechten in ihren gewerkschaftlichen und in ihren parlamentarischen Positionen zu schlagen.

Die Beseitigung der Rechten und ihres Anhangs aus allen gewerkschaftlichen Funktionen ist nicht nur ein zwingendes Gebot der Stunde, sondern eine Aufgabe, deren Durchführung Wochen, ja Monate erfordern wird. Es wird ungeheurer Anstrengungen und zäher ausdauernder Arbeit bedürfen, wenn wir es durchsetzen wollen, daß insbesondere die Führer aus ihren leitenden Funktionen endgültig entfernt und durch zuverlässigere, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Funktionäre ersetzt werden sollen. Nur wenn der ganze linke Flügel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, wenn linke SPD.-Arbeiter mit kommunistischen Arbeitern und Parteilosen zusammen planmäßig, zielbewußt und von einheitlichem Willen beseelt, diesen Kampf zur Beseitigung der Rechten und ihres Anhanges aus den Gewerkschaften vornehmen, nur dann kann dieses Reinigungswerk gelingen. Wir Kommunisten sind dazu bereit. **Die Entscheidung liegt bei den linken sozialdemokratischen Funktionären.** Von ihrem Entschluß, ihrem Einheitswillen im Kampfe gegen die Verräter hängt alles ab.

Und die parlamentarischen Positionen? Nun, die KPD. hat in einem direkten Angebot an die sächsischen Parteiinstanzen der SPD., die doch von Linken geführt werden, den Weg gewiesen:

das Volksbegehren zum Zwecke der Landtagsauflösung,

dessen Durchführung gemeinsam ein leichtes wäre. Noch haben die linken SPD.-Instanzen auf unseren Vorschlag nicht geantwortet, obwohl sie die Gefahr der Sessionsverlängerung nicht mehr bestreiten. **Stimmen sie jetzt endlich angesichts des entscheidenden Vorstoßes der Rechten dem Volksbegehren zu, dann ist in 8 bis 10 Wochen der ganze parlamentarische Spuk der Rechten zerstoben!**

Es darf kein Tag versäumt werden, um diese Verräter durch eine Massenbewegung wegzufegen. Der Weg ist frei! Es gilt, klare Entschlüsse zu fassen! Sozialdemokratische Arbeiter, gebt Antwort!

Die Dresdner Buchdrucker gegen die 23

In der gestern stattgefundenen Mitgliedschaftsversammlung der Dresdner Buchdrucker, in der der rechte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schurich referieren sollte, wurde auf Antrag der Opposition gegen die Stimmen der rechten Verbandsangestellten und ihres Anhangs beschlossen, das Referat Schurich abzusetzen.

Der Kampf in den Gewerkschaften gegen die Schädlinge der Arbeiterbewegung hat begonnen. Der Beschluß der Buchdruckerversammlung ist um so bedeutungsvoller, als gerade bei den Buchdruckern die rechten Gewerkschaftsführer unter Freitags Führung starken Einfluß besessen haben. Die sozialdemokratischen Arbeiter stimmten gemeinsam mit den Kommunisten gegen die rechten Renegaten.

Mitteilungsblatt

der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Nr. 11 — Erscheint nach Bedarf — April 1926

Das persönliche Schreiben des Parteivorstandes an die 23 und einige Antworten

Mit Vorstehendem veröffentlichen wir das Faksimile des Kopfes des Mitteilungsblattes Nr. 11, das von den 23 rechten sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten herausgegeben wird. Wir entnehmen demselben nachstehenden den Briefwechsel zwischen dem Parteivorstand der SPD. und den 23 Renegaten. Da die sozialdemokratische Presse, darunter auch die „Dresdner Volkszeitung“, ihren Lesern den vollständigen Brief des Parteivorstandes und die auszugsweise in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Antworten der Rechten an den Parteivorstand bislang vorenthalten hat, bringen wir den gesamten Wortlaut des Briefwechsels zum Abdruck. Red. der „Arbeiterstimme“.

Unter dem 18. März sandte der Parteivorstand an alle 23 Mitglieder der Fraktionsmehrheit folgendes Schreiben:

Werter Genosse! Im Auftrag des Vorstandes habe ich mich an Dich persönlich zu wenden, um Dir die Notwendigkeit vor Augen zu führen, dem unseligen Konflikt in Sachsen nun endlich einen für die Partei und, wie ich überzeugt bin, **auch für die Mitglieder der Mehrheit der Landtagsfraktion erträglichen Abschluß zu bereiten.** Bei uns häufen sich die Zuschriften aus den Kreisen der Genossen, die bisher auf dem Boden standen, den ihr 23 in Sachsen eingenommen habt. Von allen Seiten werden wir bestürmt, dem Zwist durch ein entscheidendes Votum ein Ende zu bereiten. Dazu ist der Parteivorstand nicht in der Lage. Er hat keine diktatorische Befugnis, nach dieser Richtung hin zu wirken, und der Heidelberger Parteitag hat ihm die Richtlinien für sein Handeln vorgeschrieben. Das Motiv der Heidelberger Beschlüsse war klar und eindringlich: Beendigung des Konflikts.

In einem Schreiben, das ich am 22. Februar 1926 an den **Genossen Wirth richtete, habe ich bereits darauf hingewiesen, daß der Streitgegenstand sich in der Auflösung des Landtages** kulminiert. Ohne Mitwirkung der Parteivorstandsvertreter ist zwischen der Fraktionsmehrheit und den Organisationsleitungen die Vereinbarung erfolgt: Im Monat März soll der Landtag aufgelöst werden. Die von der Fraktion eingebrachten Anträge betrachtet der Parteivorstand als dringende politische Erfordernisse, auf deren Durchführung die Fraktion bestehen mußte. In dem Versuch der restlosen Durchführung, nicht nur der Einbringung der Anträge, lag die Aufgabe der Fraktion. Der Parteivorstand hat mit steigender Sorge die Entwicklung der Landtagskampagne verfolgt und mußte leider zu der Ueberzeugung kommen, daß die ohne seine Mitwirkung getroffene Vereinbarung, auf die Auflösung des Landtages hinzuwirken, von einer großen Reihe der Parteigenossen nicht eingehalten wurde. Der Parteivorstand ist sich wie Ihr so klar darüber, daß die Verhinderung der Auflösung durch die Mitwirkung unserer Parteigenossen eine neue Bewegung zum Ausschluß der betreffenden Genossen aus der Partei nach sich ziehen wird. **Er hat in einem dringlichen Telegramm an die Bezirksleitung von Ostsachsen gefordert, daß bis zur Entscheidung der Fraktionsmehrheit über die Frage der Auflösung des Landtages jeder Ausschlußantrag zurückzustellen sei.** So wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist die Stellung des Auflösungsantrages durch die Fraktion oder einen Teil nicht mehr zu verhindern. Die Vereinbarung, die getroffen worden ist, zwingt dazu.

Wir legen deshalb den größten Wert darauf, daß bei der Abstimmung über diesen Antrag die Fraktion einheitlich und geschlossen auftritt, und wir bitten Dich persönlich, über die Folgewirkung einer anderen Handlung ganz im klaren zu sein. Niemand wird die beharrliche Zuwiderhandlung gegen Organisationsbeschlüsse, die einen Ausschlußgrund darstellen, verneinen können, wenn ein Teil der Fraktion die freiwillige Vereinbarung zur Auflösung des Landtages nicht hält. Wird das Leben des Landtages durch diesen Bruch der Vereinbarung bis zum Herbst dieses Jahres verlängert, so bedeutet das, daß keiner, der daran mitgewirkt hat, seine Arbeitskraft der Partei erhalten kann. **Damit würde der Partei auch für die Zukunft ein immenser Schaden zugefügt werden.** Wer wie Du so lange Jahre im politischen Leben steht und der Partei mit seinem Herzblut gedient hat, kann diesen Schaden für die Partei nicht wollen. Wenn Du auch der Ueberzeugung bist, daß die Mehrheit der Fraktion im Unrecht ist, so bitte ich Dich doch, denke an Ignaz Auer, der der Mehrheit des Parteitages sagte: **„Ihr habt zwar Unrecht, aber Ihr seid die Mehrheit, und darum muß ich mich fügen.“**

Was Auer über sich gewinnen mußte, soll auch Dir möglich sein. Ich habe Dich ausdrücklich auf Beschluß des Parteivorstandes zu bitten, nicht in einer Kollektiverklärung mit den übrigen Genossen der Fraktionsmehrheit dem Parteivorstand Antwort auf dieses Schreiben zu erteilen, sondern dies, wie dieser Brief persönlich an Dich gerichtet ist, im persönlichen Handschreiben zu tun.

(Fortsetzung siehe Seite 2)